

Einleitung

Dies ist ein Buch über Schwäche und Stärke in der menschlichen Natur und in der Politik. Über die Schwäche der demokratischen politischen Eliten und wie sie sich durch die Vorstellungskraft und den Willen der Großmächte steuern lassen, die angesichts der Aggression undemokratischer Imperien zurückweichen. Dies ist ein Buch über die erhabenen Parolen von Ordnung und Frieden sowie den Willen, sie unter möglichst geringen Kosten zu erlangen (am besten allein auf fremde Kosten). Dies ist ein Buch über die menschliche Fähigkeit, sich selbst zu belügen.

Es ist dies jedoch kein moralischer Traktat, sondern der Versuch der historischen Analyse eines Phänomens, das mit dem englischen Begriff *appeasement* bezeichnet wird. Sie erreichte ihren tragischen Höhepunkt in der Haltung der Westmächte gegenüber der imperialen „Reconquista“, die zwischen 1938 und 1945 in Ostmitteleuropa zunächst gemeinsam vom nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion, und dann (fast ein halbes Jahrhundert lang) von Stalin allein betrieben wurde. Leider handelt es sich dabei nicht um ein Phänomen, das nur zur Geschichte gehört. Heute, Anfang des Frühjahrs 2015, wenn ich dieses Buch beende, habe ich den Eindruck, dass wir dieselbe Art von Politik beobachten oder sogar an ihr teilnehmen: die Ukraine ist ein Opfer der imperialen Politik Moskaus. Unruhig stellen wir uns die nächsten Opfer von Aggression und Appeasement vor ...

In diesem Buch lade ich aber in die Vergangenheit ein, zurück zu jenem geschichtlichen Moment, in dem der erste Versuch stattfand, eine Politik des „Beruhigens“ des (auch erstmals in der Geschichte auftretenden) totalitären Aggressors ins Leben zu rufen. Dabei handelt es sich um einen heute fast völlig vergessenen Versuch. Es lohnt sich schon allein deshalb daran zu erinnern, weil es der erste war. Aber auch, weil wir an seinem Beispiel die politischen, intellektuellen, emotionalen, ideologischen und zivilisatorischen Bedingungen analysieren können, die dazu beitrugen, dass sich eine derartige Haltung verfestigte. Sie hielt sich im 20. Jahrhundert und hält sich weiter im 21. Jahrhundert, 30 Jahre nach dem angeblichen „Ende der Geschichte“.

Gehen wir zurück ins Jahr 1920. Im Sommer lud die Regierung Großbritanniens, des damals größten globalen Imperiums, die bolschewistische Regierung, die erfolgreich die Kontrolle über das weltweit zweitgrößte Imperium übernommen hatte, zu Gesprächen ein. Der liberale britische Premierminister David Lloyd George entschloss sich gemeinsam mit den Gesandten Vladimir Lenins dazu, eine neue Ordnung in Osteuropa festzulegen. Er entschied sich dafür in einem Moment, als die Rote Armee gegen Warschau marschierte, um „über die Leiche des weißen Polens“ Europa weiter zu erobern. Beginn der durch den Anführer der im Ersten Weltkrieg siegreichen Koalition der Westmächte an das

„rote“ Moskau adressierten Appeasement-Politik war die Note vom 11. Juli 1920, die vom formalen Leiter der britischen Außenpolitik, Lord George Curzon, unterschrieben wurde. Um die Forderungen der Bol'seviki zufriedenzustellen, boten die Unterzeichner Lenin und Trockij einen Teil Osteuropas an, der nie zu Russland gehört hatte: Ostgalizien. Die Westmächte schlugen dem sowjetischen Staat, der gerade eine Operation zur militärischen Eroberung Osteuropas durchführte, vor, einen strategisch wichtigen Teil dieses Gebiets ohne weiteren Krieg zu übernehmen. Dabei fragte man nicht nach der Zustimmung derer, denen dieses Land gehörte, nämlich zu diesem Zeitpunkt Polens (noch der sich mit Polen um das Recht auf dieses Land streitenden und in der Emigration verbleibenden Regierung der Westukrainischen Volksrepublik).

Diese Note wird unter dem Namen „Curzon-Linie“ in die Geschichte eingehen, obwohl, wie wir später sehen werden, der Lord, nach dem sie benannt ist, nichts mit ihrer Vorbereitung zu tun hatte. Dem sollte eine Konferenz in London folgen, zu der David Lloyd George persönlich Lev Kamenev, Lenins Stellvertreter im Rat der Volkskommissare (also der sowjetischen Regierung) und die Nummer zwei im Politbüro der Kommunistischen Partei Russlands (Bol'seviki), einlud, der bereits an den Vorgesprächen an der Themse teilgenommen hatte.

Kulminationspunkt dieser Politik war die im britischen Parlament am 10. August 1920 präsentierte Entscheidung Lloyd Georges, der polnischen Regierung die Annahme der Forderungen der sowjetischen Seite zu empfehlen, deren Heer, die Rote Armee, sich gerade den Vororten Warschaus näherte. Es handelte sich um Forderungen, die faktisch eine Sowjetisierung Polens bedeuteten. Es ging nicht mehr nur um ein Stück Territorium, sondern um den ganzen Staat, die ganze Nation, ja, im Grunde um die gesamte, viele Staaten und Nationen umfassende Region: das mitunter Ostmitteleuropa genannte Gebiet, wo nach 1918 auf den Trümmern der alten Imperien der Romanovs, der Hohenzollern und der Habsburger neue oder früher existierende Staaten sichtbar zu werden begonnen hatten. Kurz nach dem Fall Warschaus (eventuell der „friedlichen“ Sowjetisierung Polens) sollten Gesandte Lenins sich auf einer Konferenz in London mit dem britischen Premierminister in der Rolle des Gastgebers und mit den Teilnehmern zusammentreffen, die aus dem Westen oder dem Osten Europas noch in der Rolle von Bittstellern eingeladen werden sollten. Lloyd George wollte gemeinsam mit dem Vertreter der Regierung des kommunistischen Russlands auf dieser Konferenz das System von Versailles von Osten her „vollenden“ (bzw. eher es grundlegend revidieren); „vollenden“ durch die Befriedigung der territorialen Ambitionen der Sowjetmacht.

Der britische Premier wollte nicht verstehen, genauer gesagt wollte er nicht zur Kenntnis nehmen, dass sich jene Ambitionen nicht auf das Territorium Ostgaliziens, ganz Polens oder Ostmitteleuropas beschränkten. Sie umfassten nämlich ganz Europa. Lenin rechnete damit, dass er alles erobern würde oder zumindest

zu seiner erträumten, gemäß der marxistischen Ideologie konstruierten „Heimat des Proletariats“, Deutschland, dazuzustoßen, dem Zentrum industrieller Macht Kontinentaleuropas und zugleich dem größten Zentrum der Arbeiterbewegung. Deshalb begnügten sich Lenin und die Rote Armee nicht mit der großzügigen Offerte des Anführers der westlichen Entente, sondern machten sich auf zum Kampf um alles – und sie verloren. Sie verloren, weil sie die polnische Armee bei Warschau aufhielt. Der erste Versuch eines Appeasements, nämlich die bewusste Übergabe Osteuropas durch eine westliche Macht an die Herrschaft eines aggressiven, totalitären Systems scheiterte. Und sie geriet in Vergessenheit.

Der Schlacht von Warschau – auch „Wunder an der Weichsel“ genannt – gedenken wir jedes Jahr am 15. August und feiern sie als großen polnischen Sieg. Wir erinnern uns dagegen überhaupt nicht mehr daran, dass vor den Konferenzen von München und Jalta, die den Handel mit den Ländern und Nationen Mittel- und Osteuropas durch die liberalen Westmächte symbolisieren, die bereit waren, diese totalitären Aggressoren zu übergeben, und schon bevor man sich das sogenannte Normandie-Format ausdachte, das auf Treffen der Anführer Frankreichs und Deutschlands mit Vladimir Putin in Minsk über das Schicksal der Ukraine entscheiden sollte, es bereits zuvor eben jene Konferenz in London gab bzw. geben sollte. Sie war für den August 1920 geplant und sollte auf den Trümmern des „weißen Polens“ stattfinden. Wir erinnern uns nicht, dass Polen und ganz Mittel- und Osteuropa nicht viel davon trennte, dass sich dieses, vom liberalen Anführer einer westlichen Macht ausgedachte Drehbuch erfüllte.

Ich werde hier nicht in Richtung der heute so modischen alternativen Geschichte gehen, die das zu erfassen versucht, was nicht geschehen ist, aber hypothetisch hätte passieren können. Ich werde mich nicht damit aufhalten, was gewesen wäre, wenn Lenin sich mit dem britischen Vorschlag voll und ganz zufrieden gegeben hätte: was mit Polen geschehen wäre, mit den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, wenn sie bereits 1920 in die sowjetische „Einflussosphäre“ geraten wären, und was mit Deutschland, mit ganz Europa... Ich möchte hier etwas anderes analysieren: den wirklichen politischen Weg, aber auch die Beweggründe der Elite einer westlichen Macht, die zu jenem ersten Akt in der Geschichte des Appeasements geführt haben. Dies erscheint mir vor allem aus zwei Gründen interessant zu sein. Erstens, weil bisher niemand über diesen ersten Versuch geschrieben hat. Zweitens, weil das Appeasement ein sehr wichtiges Phänomen in der Geschichte – nicht nur der politischen, sondern auch der intellektuellen, man könnte sogar sagen der geistigen Beziehungen zwischen der imaginierten Gemeinschaft des Westens und der tatsächlich erlebten Gemeinschaft der Opfer von München, Jalta sowie ihrer früheren und späteren Verkörperungen ist. Und in diese Geschichte möchte ich mich hier vertiefen.

Ich erinnere einleitend daran, dass das Wort Appeasement selbst im September 1938, mit der bereits erwähnten Münchner Konferenz, in die in ganz Europa verständliche Sprache einging. Die Vertreter der demokratischen Westmächte Großbritannien und Frankreich sowie des faschistischen Italiens und des nationalsozialistischen Deutschlands vereinbarten damals die „Lösung“ des Problems der Forderungen Adolf Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei. Was für eine Lösung war das? Eine Ruhigstellung durch Befriedigung (des Aggressors). Das beschreibt das Wort Appeasement am besten. Die Premierminister Großbritanniens und Frankreichs stimmten – statt einen Krieg zu riskieren – zu, Hitler lieber die Tschechoslowakei zur Beute vorzuwerfen, ein „entferntes Land“, wie der britische Premier Neville Chamberlain bemerkte, „von dem wir nichts wissen“.

Hitlers Ansprüche hatte man schon früher auf diese Weise befriedigt. Schon nachdem er Österreich an seinen Staat angeschlossen hatte und bewaffnet ins Rheinland einmarschiert war sowie den Ausbau von Heer und Luftwaffe angekündigt hatte, war jedes Mal die Rede von einer „Vergewaltigung der Grundsätze“, von unvermeidlichen Sanktionen gewesen. Und jedes Mal folgte am Ende die „Befriedigung“. Hitlers Appetit ließ sich aber nicht ohne Krieg befriedigen, letztlich einen Krieg um das Überdauern des Westens. Vielleicht wäre es nicht dazu gekommen, wenn früher einer der Mächtigen der westlichen Welt „Stop!“ gesagt hätte. Wenn jemand dem Aggressor bewiesen hätte, dass sich Aggression nicht auszahlt, wenn Hitler angesichts seiner Wähler/Untertanen nicht 1945, sondern 1935, 1936 oder spätestens 1938 gedemütigt worden wäre. Je später man den Aggressor aufzuhalten versucht, desto höher ist der Preis dafür. Das ist der Preis des Appeasements.

Diejenigen, die eine solche Politik fördern und umsetzen, machen sich jedoch nicht allzu viele Gedanken darüber, weil sie wissen, dass der Preis dafür von anderen gezahlt wird, eben jenen „fernen (und kleinen) Nationen, von denen wir nichts wissen“. Irgendwelchen Tschechen. Oder Polen. Oder Ukrainern. Sind sie es wert, dass man sich mit ihnen beschäftigt? Sie verursachen nur Schwierigkeiten, die die „ernsthaften Akteure“ im Schweiße ihres Angesichts lösen müssen. Auf der nächsten Konferenz, die zu einem großen Symbol des Appeasements wurde, in Jalta im März 1945, formulierte dies der Präsident der Vereinigten Staaten (eines Landes, das damals erst seit einhundsiebzig Jahren existierte) mit einem so typischen Überlegenheitsgefühl: „Polen war seit etwa 500 Jahren eine Quelle von Problemen“. Und zusammen mit Winston Churchill gestattete er es Stalin, dieses polnische „Problem“ zu lösen. Bei dieser Gelegenheit wurde das „Problem“ ganz Osteuropas, von Stettin bis Triest, gleich mitgelöst, wie es ein Jahr später Churchill, ein Beteiligter des Völkerhandels von Jalta, auf den Punkt brachte.

An München und Jalta erinnern wir uns. Jedenfalls erinnern sich diejenigen, die sich überhaupt auf die Geschichte beziehen, und sie streiten über die Bewer-

tung einer Politik, die München hervorbrachte, und die zur „Ordnung von Jalta“ führte. Das Appeasement hat aber seine Vorgeschichte, sie reicht mit ihren Wurzeln tiefer zurück als bis 1938. Sie reicht aber auch weiter zurück als die mitunter für den Anfang dieses Phänomens gehaltene und zweifellos die Zustimmung zur Passivität der Westmächte bezeichnende japanische Aggression gegen China im Jahre 1931 oder die italienische gegen Abessinien vier Jahre später. Das Appeasement begann unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Über diese Anfänge schreiben die Historiker deutlich seltener, und zwar nur im Kontext der Haltung eines Teils der angelsächsischen Politiker, die diese gegenüber dem besiegten Deutschland auf der Friedenskonferenz von Versailles einnahmen. Sie erwuchs aus dem Gefühl einer Schuld gegenüber dem besiegten Aggressor und dem Willen, es zu befriedigen, jedenfalls es nach dem gewonnenen Krieg nicht zu irritieren. Diese Argumentation bildete sich bereits auf der Pariser Friedenskonferenz in den ersten Monaten des Jahres 1919 heraus. Sie sollte Jahre später als Rechtfertigung der Forderungen und Aggressionen Nazideutschlands dienen: es sei ihm doch Unrecht getan worden, man könne und solle sogar die territorialen Verluste vergüten, genauer gesagt, seine Ansprüche in einer Region befriedigen, die von den Interessen und Sensibilitäten der westeuropäischen Mächte, besonders Großbritanniens, so weit wie möglich entfernt ist. Man könne und müsse den Deutschen in Osteuropa auf Kosten Polens und der Tschechoslowakei nachgeben.

Hervorragend hat der britische Wissenschaftler Antony Lentin dieses Phänomen in einer vor Kurzem erschienenen Monographie untersucht. Er bezeichnete die damals unter den Vertretern Londons auf der Pariser Konferenz verbreitete Haltung als „Meaculpsismus“: ein Gefühl der Schuld, dass man einen großen und würdigen Gegner, Deutschland, gedemütigt habe, indem man ihm zu schwere Friedensbedingungen aufgebürdet habe¹. Eine Ergänzung dieses Gefühls war die Überzeugung, dass die Begünstigten dieser im Grunde friedensgefährdenden Vereinbarungen einige unbekannte, wahrscheinlich halbwilde Völker waren, die östlich von Deutschland lebten. Der konsequenteste Befürworter des „Zufriedenstellens“ des besiegten Deutschlands auf der Konferenz und gleichzeitig eines der wichtigsten Mitglieder der britischen Friedensdelegation, der Premierminister der südafrikanischen Regierung Jan Christiaan Smuts, hatte keine Zweifel an der rassistischen Wertlosigkeit der Völker, die östlich von Deutschland leben, insbesondere der Polen: „Sie sind Kaffern!“ (*Kaffirs, that's what they are!*)². In der von den wei-

1 A. Lentin, *Lloyd George and the Lost Peace. From Versailles to Hitler, 1919–1940*, New York 2001, S. 67–88.

2 Zitiert nach einem Brief Austen Chamberlains, des Schatzkanzlers im Kabinett von David Lloyd George, der die Äußerung von Smuts unmittelbar weiterleitete, an seine Schwester Ida vom

ßen Siedlern in Südafrika verwendeten Sprache bedeutet das so viel wie im amerikanischen rassistischen Slang das Wort „Nigger“. Anders könnte man es auch mit der Definition „geborener Sklave“ bezeichnen. Die moralische Entrüstung wegen der ungerechtfertigten Strafe, die das bezwungene Deutschland traf, verband sich auf eigentümliche Weise mit der „mental-Geographie“, der zufolge Europa, das auf diesen Namen stolz war, eben in Deutschland endete. Diese Moral des Fairplay mit dem als gleichrangig betrachteten Gegner (also den Deutschen) umfasste aber nicht diejenigen, die nicht zum Klub der („zivilisatorisch“ oder „rassisch“ wie man damals gerne sagte) gleichrangigen Gegner/Partner gehörten, weil sie östlich von den Deutschen lebten, also dort, wo die „Kaffern“ wohnten.

Die Basis für die unter den Angelsachsen schon auf der Konferenz in Paris verbreiteten, das Appeasement begünstigten Haltungen war jedoch nicht nur diese Art von Moral, sondern vor allem die pragmatische Überzeugung, dass ohne die Befriedigung der Ansprüche der anderen Mächte, selbst wenn sie vorläufig bezwungen worden waren, eine dauerhafte politische Ordnung, ein dauerhafter Frieden nicht möglich sei. Der Friede nämlich sei nach einer so gigantischen Tragödie, einem solchen Gemetzel wie dem Großen Krieg, den man später Ersten Weltkrieg nannte, das allerwichtigste. Wenn Deutschland, die größte Industriemacht Kontinentaleuropas, nicht freiwillig die neue Ordnung akzeptiere, dann werde es sie einfach zerstören. Anstatt die in den Jahren 1914 bis 1918 erlittenen Opfer mit dem Slogan des US-Präsidenten Woodrow Wilson zu rechtfertigen, dass es sich um einen Krieg gehandelt habe, der alle Kriege beenden sollte (*the war to end all wars*), konnte die Warnung auftauchen, dass, wenn man die Interessen Deutschlands nicht berücksichtige, ein Frieden eingeführt werde, der jeden Frieden beende (*the peace to end all peace*). Der grundlegende und am effektivsten zu verteidigende argumentative Unterbau des Appeasements ist ja der Frieden: man muss ihn bewahren, festigen, um jeden Preis verlängern. Nach dem Großen Krieg (ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg und im Grunde jedem folgenden...) ist gegen dieses Argument nur schwer etwas zu sagen. Wichtig ist aber auch ein anderes Element dieses Arguments, das schon etwas diskussionswürdiger ist, nämlich jenes, dass es die beste Art, den Frieden zu sichern, ist, die stärksten Mächte zufriedenzustellen. Sogar wenn sie sich de facto als Aggressoren herausstellen sollten, selbst wenn jenes „Zufriedenstellen“ unmittelbar auf Kosten der Schwächeren erfolgen sollte, sollten die Schwächeren im Namen des Friedens nachgeben. Sie sollten der Gewalt und den Aggressoren nachgeben und die friedensliebenden Mächte, die sich an der Aggression nicht beteiligen, erachten sich als dazu berechtigt, sie zu sanktionieren.

9.7.1919, in: The Austen Chamberlain Diary Letters. The Correspondence of Sir Austen Chamberlain with his Sisters Hilda and Ida, 1916–1937, hg. v. R. C. Self, Cambridge 1995, S. 116.

Der oben erwähnte Professor Lentin schlug vor, die britischen *appeasers*, also die Befürworter eines „Zufriedenstellens“ (Deutschlands) auf der Friedenskonferenz in Paris, in zwei Kategorien einzuteilen; die moralischen *appeasers*, also die radikalsten, und die taktischen, sagen wir, pragmatischen, also jene, die nicht unbedingt glauben, dass den besiegten Aggressoren Unrecht zugefügt wurde, aber davon überzeugt waren, dass man im Namen einer stabilen neuen Nachkriegsordnung den Deutschen nachgeben müsse – natürlich im Osten, am besten auf Kosten der dortigen „Kaffern“. Anführer der Gruppe der moralisch empörten *appeasers* war Jan Smuts. Als wichtigster Vertreter der breiteren Strömung der pragmatischen *appeasers* stellte sich dagegen der britische Premierminister David Lloyd George selbst heraus. Wir wissen, dass im Namen jenes taktischen Zufriedenstellens Deutschlands Lloyd George wie ein Löwe gegen Frankreich, das Deutschland schwächen wollte, dafür kämpfte, dass Polen nicht Danzig und Oberschlesien bekam. Er wollte auf diese Weise die Abneigung der Deutschen gegen die Nachkriegsordnung abschwächen, die auf dem Friedenskongress in Paris etabliert werden sollte. Er glaubte nämlich nicht an die Möglichkeit, Deutschland dazu zu zwingen, sich mit dem für es ungünstigen Verdikt der Siegermächte zu versöhnen.

Aber es ging in Paris bei der Etablierung der Prinzipien einer neuen Ordnung nicht nur um Deutschland. Es gab auch noch Russland, das am Beratungstisch nicht anwesend war, weil es in jenem Moment vom Bürgerkrieg der „Roten“ gegen die „Weißen“ erfasst war. Russland wurde von den Angelsachsen nicht mit solchem moralischen Mitgefühl behandelt wie das besiegte Deutschland, aber sie gingen mit ihm (beinahe) genauso vorsichtig um. Konnte also die Perspektive eines pragmatischen Appeasements nicht auch Russland betreffen? Denn wenn die Großmächte natürlich am wichtigsten sind und ihr Einverständnis zur neuen Ordnung das ausschließliche oder auch nur hinreichende Fundament ihrer Dauerhaftigkeit darstellt, dann müssen die siegreichen Westmächte nicht nur die Interessen Deutschlands, sondern auch die Großmachtinteressen Russlands berücksichtigen. Zumindest in dem Gebiet, in dem die Interessen Russlands und der Westmächte selbst gegenseitig nicht miteinander kollidieren. Eine solche Kollision gab es auf dem Gebiet Ostmitteleuropas gewiss nicht, das politisch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht existiert hatte, es gab nur die Grenze zwischen dem Imperium der Romanovs und dem Deutschen Reich, die Grenze zwischen Großrussland und Großdeutschland. Dort, wo nach über 120 Jahren Abwesenheit Polen auf der Landkarte entstand.

Es ist interessant, dass gerade Jan Smuts in einem Brief an Lloyd George darauf hinwies, wie vom Standpunkt der Dauerhaftigkeit der neuen Ordnung aus betrachtet das neue Polen unerwünscht sei. Nicht nur müsse man auf seine Kosten Deutschland „zufriedenstellen“, sondern auch Russland. Er schrieb: „Unter der Herrschaft dieses neuen Polens befinden sich Millionen Deutsche (und Russen) so-

wie Territorien, die über eine sehr lange Zeit ein Teil Deutschlands (oder Russlands) waren. Man kann sicher sein, dass sowohl Deutschland als auch Russland zum Status von Großmächten zurückkehren werden und dass das zwischen diesen beiden Mächten eingeklemmte Polen nur bei deren gutem Willen überdauern (wörtlich: ein Erfolg sein) wird. Wie können wir unter diesen Bedingungen erwarten, dass Polen etwas anderes als eine komplette Pleite sein wird, selbst wenn es die Fähigkeit des Regierens und Verwaltens besäße, die es – wie die Geschichte gezeigt hat – nicht besitzt. [...] Ich glaube, dass wir, wenn wir Polen schaffen, ein Haus aus Sand bauen“³. Als Schlussfolgerung dieses Briefs forderte Smuts entschieden, Oberschlesien und Danzig an die Deutschen zu geben und fügte zugleich hinzu, dass aus der offensichtlichen Feindschaft Russlands gegenüber dem neuen polnischen Staat eine analoge Notwendigkeit herrühre, nämlich Russland so viel zu geben, wie es von den Territorien nehmen wolle, die jetzt jenes unglückliche polnische „Haus aus Sand“ bildeten. Diese Feststellung ist nicht weniger charakteristisch als die vom Mitschöpfer der Politik des britischen Empires für diskussionslos gehaltenen Prämissen, dass alle ethnisch nichtpolnischen Bewohner des heutigen Belarus oder der Ukraine Russen seien... Und nicht weniger wichtig als die Festlegung, die polnischen „Kaffern“ hätten keinerlei administrative Fähigkeiten, weswegen ihr Staat so oder so nicht überdauern könne. Im östlichen Europa könnten nur die traditionellen, in London (und sogar in Kapstadt) bekannten Imperien überdauern und dessen Stabilität gewährleisten: Russland und Deutschland. Sie würden schon hinreichend lange über administrative Fähigkeiten und solche des Regierens verfügen.

Man musste sich also um das Appeasement nicht nur Deutschlands, sondern auch Russlands kümmern. 1919 gab es jedoch keine Repräsentanten Russlands, mit denen man die Bedingungen für eine Befriedigung der Ansprüche hätte vereinbaren können. Erinnern wir daran, dass das ganze Jahr über der Bürgerkrieg andauerte, in dem die „Roten“ gegen die „Weißen“ kämpften. Die in Paris beratenden Delegationen der westlichen Siegermächte (Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und des in diesem Kreis weniger wichtigen Italiens) kamen überein, dass man mit einer endgültigen Klärung, wer der dauerhafte Herr des

3 The new Poland will include millions of Germans (and Russians) and „territories which have for very long periods been parts of Germany (or Russia). It is reasonably certain that both Germany and Russia will again be great Powers, and that, sandwiched between them, the New Poland could only be a success with their good will. How, under these circumstances, can we expect Poland to be rather than a failure, even if she had that ruling and administrative capacity which history has proved she has not? [...] I think we are building a house of [sic!] sand“. Brief von J. Smuts an D. Lloyd George vom 22.5.1919 auf der Konferenz in Paris, in: Selection of Smuts Papers, vol. IV, November 1918 – August 1919, hg. v. W.K. Hancock; Jean van der Poel, Cambridge 1966, S. 185–186.

Russischen Imperiums sein werde, noch würde warten müssen. Einstweilen solle man keine rechtlichen oder territorialen Verpflichtungen gegenüber den neuen Staaten eingehen, die in den Grenzgebieten jenes Imperiums entstanden waren. Diese Verpflichtungen könnten nämlich Russland nicht angemessen sein. Deshalb wurde auch formell weder die Existenz Litauens, Lettlands oder Estlands noch die Georgiens oder Aserbeidschans, Armeniens oder der Ukraine anerkannt. Für Polen, dessen Unabhängigkeit eines der offiziellen Ziele des Großen Krieges war (zumindest vom Zeitpunkt der berühmten „14 Punkte“ durch den US-Präsidenten an), wurde dagegen eine doppelte Begrenzung bestimmt. Ich widme ihr hier, in der Einleitung, zwei Absätze, weil ohne die Kenntnis dieser grundlegenden Vereinbarungen von 1919 die Natur und der Charakter der von den britischen Anhängern eines Appeasements gegenüber Lenin im Jahre 1920 schwer verständlich wären.

Ich rekapituliere also: als Polen am 28. Juni 1919 den Versailler Vertrag unterschrieb, musste es nicht nur die in ihm festgelegte Grenze mit Deutschland akzeptieren, sondern auch der in Artikel 87 enthaltenen Formel zustimmen: „Die Grenzen Polens, die in dem vorliegenden Vertrag nicht näher bezeichnet sind, werden die alliierten und assoziierten Hauptmächte (das waren die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan; A. N.) später bestimmen“⁴. Die sich mit der Festlegung jener Grenze auf dem Gebiet des ehemaligen Russischen Imperiums beschäftigende Kommission für Polnische Angelegenheiten, die auf der Pariser Friedenskonferenz am 12. Februar 1919 berufen wurde, legte am 14. April den Entwurf einer vorübergehenden polnisch-russischen Grenzziehung vor (die Ostgalizien nicht umfasste, das nicht zu Russland gehörte). Seine Bestimmungen wurden am 8. Dezember 1919 mehrheitlich vom Obersten Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte bestätigt. Er gab am gleichen Tag folgende Erklärung heraus: „Ohne den Bestimmungen vorzugreifen, die in Zukunft die Ostgrenzen Polens festlegen müssen, erklären [die Mächte] hiermit, dass sie das Recht der polnischen Regierung anerkennen, nach den zuvor im Vertrag mit Polen vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Bedingungen eine regelmäßige Verwaltung der westlich der nachstehend beschriebenen Linie gelegenen Gebiete des ehemaligen Russischen Reiches zu organisieren“⁵. Die detaillierte Beschreibung dieser Linie kann man am einfachsten so

⁴ Zitiert nach der amtlichen Übersetzung ins Deutsche unter: <http://versailer-vertrag.de> (23.2.2022).

⁵ „The Principal Allied and Associated Powers, recognizing that it is important as soon as possible to put a stop to the existing conditions of political uncertainty, in which the Polish nation is placed, and without prejudging the provisions which must in the future define the eastern frontiers of Poland, hereby declare that they recognize the right of the Polish Government to proceed, according to the conditions previously provided by the Treaty with Poland of June 28, 1919, to organise a regular administration of the territories of the former Russian Empire situated to the

zusammenfassen: es handelte sich um die Bug-Linie, die sowohl Wilna als auch Grodno und Brest außerhalb des Bereichs der polnischen Verwaltung beließ, ganz zu schweigen von den weiter östlich gelegenen Territorien, die sich Russland in den drei Teilungen der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik in den Jahren 1772 bis 1795 angeeignet hatte. Als schon unbestritten polnisch wurden nur diejenigen Territorien anerkannt, die Russland selbst auf dem Wiener Kongress von 1815 abgegeben hatte, um in ihnen eben vom Bug östlich begrenzt das Rumpfkönigreich Polen zu schaffen. Der Beschluss vom 8. Dezember 1919 schloss jedoch nicht endgültig die Frage eventueller polnischer Ansprüche auf östlich dieser Linie gelegene Gebiete ab. Die Erklärung des Obersten Rates vom 8. Dezember endete nämlich mit den Worten: „Die Rechte, die Polen über die östlich der genannten Linie gelegenen Gebiete begründen kann, bleiben ausdrücklich vorbehalten“⁶.

Die Ostgalizienfrage wurde von der Kommission für Polnische Angelegenheiten im Juni 1919 am detailliertesten abgewogen. Am 17. Juni schlug man zwei Teilungsvarianten für Ostgalizien vor: entlang der Linie B (Lemberg und das Erdölgebiet von Borysław auf polnischer Seite belassend) oder entlang der Linie A (die Lemberg und das Gebiet von Polen abtrennt). Aber schon am folgenden Tag erhielt Polen das provisorische Recht zur militärischen Besatzung ganz Ostgaliziens angesichts der Bedrohung (damals wurde sie als eine solche in Paris wahrgenommen) durch die bolschewistische Offensive. Die Siegermächte stützten ihre Rechte, über das Territorium Galiziens zu entscheiden, auf die Bestimmungen des Friedensvertrags, den am 10. September 1919 Österreich mit ihnen geschlossen hatte, das zugunsten der Entente die souveränen Rechte auf die Gebiete aufgab, die sich außerhalb des verkleinerten staatlichen Territoriums des neuen, nicht mehr imperialen Österreichs befanden. Auf dieser Basis verliehen die Mächte am 21. November 1919 Polen für eine Zeit von 25 Jahren das Recht auf die Verwaltung Ostgaliziens unter der Kontrolle des Völkerbunds, unter Zusicherung von Freiheiten für die ukrainische Bevölkerung. Einen Monat später, am 22. Dezember, gelang es Polen angesichts der Tatsache, dass die Hoffnungen (vor allem Frankreichs) auf einen Sieg des „weißen“ Russlands im Bürgerkrieg zerstoßen, eine Aufhebung des Beschlusses über den vorübergehenden Charakter des Mandats in Ostgalizien zu er-

West of the line described below“, Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, The Paris Peace Conference, 1919, Volume XIII, Washington D. C. 1946, S. 793.

6 „The rights that Poland may be able to establish over the territories situated to the East of the said line are expressly reserved“, ebd.

zielen⁷. Auf diese Weise wurde im Grunde die Zugehörigkeit dieses Gebiets zu Polen anerkannt.

Wie aber von diesem Punkt ausgehend die Politik der Westmächte im Laufe von sechseinhalb Monaten hin zur Festlegung der Curzon-Linie gelangte, und noch einmal einen Monat später zum Vorschlag, ganz Polen der Gunst Lenins, Stalins und Trockijs zu überlassen, davon schreibe ich in den nächsten Kapiteln dieses Buches.

Im ersten Teil rekonstruiere ich den Horizont der politischen Vorstellungswelt und erzähle von den Absichten der Repräsentanten der im Ersten Weltkrieg siegreichen Westmächte sowie vom Platz Osteuropas in jenem Horizont im Jahre 1919 und Anfang 1920. Separat analysiere ich die politische Haltung Frankreichs und der Vereinigten Staaten angesichts der Herausforderung, die die Machtübernahme der kommunistischen Partei in Russland darstellte, aber auch angesichts des wiederentstandenen Polens und seiner Rolle in dieser Situation.

Im zweiten Teil zeige ich die weiteren Etappen der von David Lloyd George geleiteten britischen Politik gegenüber Sowjetrussland und dann des sowjetisch-polnischen Kriegs von Januar bis Mitte August 1920. Von der Parole „Frieden durch Handel“ – Frieden mit Moskau natürlich – über den Beginn von Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation in London, den Zusammenprall mit der polnischen Ostpolitik und dem Projekt der Trennung der Ukraine von Russland sowie das Nutzen des Scheiterns dieses Projekts zur Erhöhung des Rangs der Londoner Verhandlungen mit den Gesandten des „roten“ Moskaus führte dieser Weg letztlich zur Curzon-Linie und dazu, dass ein unabhängiges Polen durch Lloyd Georges Entscheidung vom 10. August 1920 abgeschrieben wurde. Ein wichtiges Element dieses Teils des Buches ist die Rekonstruktion – auf der Basis von Informationen aus den in den 1990er Jahren teilweise zugänglichen Moskauer Archivbeständen – der Haltung der Organe Sowjetrusslands zum politischen Vorschlag Londons, die Darstellung der Zerrissenheit des vierköpfigen Politbüros (Lenin, Kamenev, Trockij, Stalin) in dieser Frage und der letztendlichen Entscheidungen, die in Moskau in der zweiten Julihälfte 1920 fielen und die die Chance auf das von Lloyd George erträumte Appeasement verdrängten.

Der dritte Teil erscheint mir am interessantesten zu sein. In ihm greife ich nämlich zur historischen Lupe. Ich bemühe mich noch einmal, aber viel genauer die Grundlagen des Appeasements zu betrachten – und zwar, indem ich fast ausschließlich auf Archivdokumente zurückgreife, die bisher in der wissenschaftlichen Literatur nicht herangezogen wurden. Ich versuche auf die spannendste Fra-

⁷ Siehe die entsprechenden Dokumente in: *Sprawy polskie na konferencji pokojowej w Paryżu w 1919 r. Dokumenty i materiały*, hg. v. Remigiusz Bierzanek, Józef Kukułka, Bd. 2, Warszawa 1965, S. 344 und 376.

ge zu antworten, nämlich: wie kam es dazu? Von wo in der politischen Elite einer westlichen Macht stammte die Idee, das sowjetische Imperium auf Kosten Polens und anderer „kleiner Länder“ Ost- oder Ostmitteleuropas „ruhigzustellen“? Wie entstanden die detaillierten Ideen des Appeasements? Wer konkret schuf sie? Aber auch wer war dagegen und aus welchen Gründen? Ich begeben mich in diesem Teil auf das Niveau der Analyse des historischen Gedächtnisses und der politischen Vorstellungswelt einzelner Personen sowie der kulturellen und emotionalen Kontexte, die ihre Entscheidungen begleiteten. Zugleich suche ich aber nach universelleren „Mechanismen“ bzw. eher Eigenschaften der menschlichen Natur, die zutage treten, wenn eine solche Entscheidung als Antwort auf eine Bedrohung, das Gespenst eines Krieges und die Erfahrung der eigenen Schwäche gefällt wird.

Ziel dieser Arbeit ist es nicht, eine Anklageschrift gegen die politische Elite eines Staates oder auch allgemeiner des Westens zu verfassen. Gleichsam zum Vergleich mit den im grundlegenden Teil meiner Erzählung analysierten Positionen füge ich am Ende in der Form eines Anhangs zwei Texte bei, in denen ich die polnischen Versuche vorstelle, die bolschewistischen Ansprüche aus den Jahren 1919–1920 zufriedenzustellen: die geheimen Gespräche von Vertretern Pilsudskis mit Gesandten Lenins (denen das „weiße“, nichtbolschewistische Russland zum Opfer fallen sollte) und dann den schon offiziellen Vertrag von Riga.

Es geht mir in diesem Buch darum, den Moment aufzuzeigen und zu beschreiben, in dem der Zufall, ein Ereignis, die Persönlichkeit eines konkreten Individuums, schließlich die Umstände mit dem Wirken einer tieferen „Struktur“ politischer Reaktionen zusammentreffen: es geht darum, eben jenen Moment zu fassen, in dem das Appeasement geboren (oder vielleicht wiedergeboren) wird. Ob es mir gelungen ist, diesen auszumachen und zu beschreiben, das werden die Leser beurteilen.

Ich werde nicht detailliert die vielsprachige Literatur zum Thema der einzelnen Motive der britischen, französischen, amerikanischen, sowjetischen oder polnischen Politik der Jahre 1918–1921 besprechen, die in diesem Buch auftaucht. Die Nutzung dieser Literatur und die Haltung des Verfassers zu ihr spiegeln die Fußnoten wider. Natürlich verdanke ich ihr, oder besser gesagt einigen ihrer Titel, viel. Grundlage dieses Buches sind aber vor allem Quellen: aus den Archiven Großbritanniens (u. a. die Papiere Lloyd Georges aus den Parliamentary Archives in London, dem War Office, dem Foreign Office und den Cabinet Papers aus den National Archives in London-Kew; die Papiere Philip Kerrs aus den National Archives of Scotland in Edinburgh; die Papiere Horace Rumbolds aus der Bodleian Library in Oxford; die Papiere Winston Churchills und Maurice Hankeys aus dem Churchill College in Cambridge), der Vereinigten Staaten (u. a. die Papiere Bainbridge Colbys und Breckinridge Longs aus der Library of Congress in Washington, das Bakhmeteff Archive in der Columbia University Library in New York), Russlands

(des Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv in Moskau), um nur die wichtigsten zu nennen.

Am Ende bleibt mir, meine Dankbarkeit der Fundacja na rzecz Nauki Polskiej auszusprechen, deren Zuschuss (das mir für die Jahre 2011 bis 2014 zuerkannte Professorenstipendium MISTRZ innerhalb des Forschungsprogramms *Geschichten und Erinnerungen der Imperien in Osteuropa: vergleichende Studien*) mir erlaubte, eine Suche in den für diese Arbeit wichtigsten britischen Archiven (Parliamentary Archives sowie National Archives of Scotland) durchzuführen.

Zu allergrößtem Dank bin ich – natürlich – meiner Familie verpflichtet, der ich schließlich die Zeit weggenommen habe, die ich beim Schreiben dieses Buches gebraucht habe. Ich erlaube mir daher, mit Dank für die Geduld, diesen Band Justyna, Zosia und Staś zu widmen.

Fastenzeit 2015–2024

